

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal.

3. Ausgabe 2010 36. Jahrgang 1,20 EUR

BERLINER RUNDSCHAU

Teamgeist gewinnt



Zahlen, Fakten, Hintergründe

zur gegenwärtigen Diskus-
sion um Milliardenhilfen
und Sparpaket

Seite 2, 10



Teamgeist gewinnt ...

... und wie man
Weltmeister wird

Seite 3



CDU-Chef Frank Henkel

Die Berliner honorieren
unseren Kurs

Seite 4, 5

Zur aktuellen Debatte

Wussten Sie schon ...

... dass die **christlich-liberale Koalition** unter Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Ende 2009 beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz **Familien mit Kindern um 4,6 Milliarden Euro entlastet** hat. Über die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hinaus wurden **alle Bürger zum 1. Januar 2010** durch die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II und des Bürgerentlastungsgesetzes **um weitere 14 Milliarden Euro entlastet**.

... dass die CDU-geführte Bundesregierung **im Bereich der Bildung und Forschung nicht spart** – im Gegenteil: **12 Milliarden Euro zusätzlich** werden in diesem Zukunftsbereich **investiert**, um neue Wachstumsimpulse zu schaffen.

... dass der Bundeshaushalt im Jahr **1980** einen **Anteil an Sozialausgaben** in Höhe von **16 Prozent** hatte, **1990** – nach der deutschen Wiedervereinigung – waren es schon **30 Prozent**, **2010** sind es fast **55 Prozent**.

... dass die CDU-geführte Bundesregierung beschlossen hat, die **Banken** über eine Abgabe und eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer **an den Kosten für die Finanzkrise zu beteiligen**.

... dass die **Zuschuss zur Krankenversicherung** um zwei Milliarden Euro **erhöht** wird. Das **stabilisiert** die **Gesundheitskosten**, **sichert** die **solidarische Finanzierung** des Gesundheitssystems und **entlastet die Beitragszahler**.

... dass von den **insgesamt 13 Milliarden Euro** geplanten **Einsparungen** beziehungsweise Mehreinnahmen für das Jahr 2011 **fünf Milliarden** von den **Unternehmen** und **fünf** aus dem **Sozialbereich** stammen sollen, etwa **drei Milliarden** will der **Staat bei sich selbst** sparen. Angesichts der Tatsache, dass **die Hälfte der Bundesausgaben auf den Etat Arbeit und Soziales entfällt**, sind die **Kürzungen im sozialen Bereich unterproportional**.

... dass „Hartz IV“ – Empfänger im Gegenzug für das Elterngeld **künftig verbesserte Bildungsangebote für ihre Kinder** erhalten. Das erhöht die Zukunftschancen dieser Kinder. Außerdem werden die **Hartz IV – Regelsätze für Kinder gerechter gestaltet**.

... dass die **Arbeitsmarkt-Angebote für „Hartz IV“ – Bezieher** künftig **zielgerichteter** gestaltet werden. Durch die **Umstellung von sogenannten Pflicht- auf Ermessensleistungen** werden zwei Milliarden Euro eingespart, die Sachbearbeiter vor Ort dürfen künftig häufiger selbst entscheiden, ob beispielsweise eine bestimmte Weiterbildungsmaßnahme für den Betroffenen sinnvoll ist oder nicht. Hintergrund sind unzählige Klagen über Pflichtkurse, die von den Teilnehmern nur „abgessenen“ werden, ohne dass sich dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert hätten.

... dass es die **rot-grüne Bundesregierung** unter SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder war, die im Jahr 2000 die eindringlichen Warnungen von CDU und CSU in den Wind geschlagen und der **Aufnahme Griechenlands in die Eurozone** überstürzt zugestimmt hat. Diese **Fahrlässigkeit** hat uns nun eingeholt, doch statt sich ihrer staatspolitischen Verantwortung zu stellen, enthielt sich die SPD bei der Abstimmung zu den Finanzhilfen für Griechenland.

... dass **Rot-Grün** 2004 überhaupt die gesetzlichen Grundlagen für **Hedge-Fonds** geschaffen hat.

... dass es **unter der CDU-geführten Bundesregierung trotz** der schwersten **Wirtschaftskrise** seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit 3,2 Millionen (Stand: Mai 2010) **deutlich weniger Arbeitslose gibt als unter Rot-Grün** (Höchststand: 5,3 Millionen).



TEAMGEIST GEWINNT

Die Mannschaft, die da am 17. Juni zu ihrem ersten WM-Spiel auf den Rasen lief, wusste noch nicht, was ihr die Zukunft bringt. Vier Tore sollte die deutsche Nationalmannschaft an diesem Tag schießen. Vier Tore, die einen ganz besonderen Geist ausmachen würden. Das erste Gegentor vermochte es nicht, die junge Mann-



schaft zu irritieren. Die deutschen Torschützen hießen Hans, Berni, Ottmar und Max.



4:1 gegen die Türkei hieß es am Ende dieses Spiels.

Wenn Sie sich jetzt verwundert die Augen reiben sollten, seien Sie beruhigt. Das Spiel fand im Jahre 1954 im Berner Wankdorfstadion statt und war das erste WM-Spiel einer deutschen Mannschaft nach dem 2. Weltkrieg. Wie das Ganze endete, ist uns allen bekannt: Deutschland wurde Weltmeister - ein nicht geglaubtes Fußball-Wunder im Sinne des Ausspruchs von Bundestrainer Sepp Herberger „11 Freunde sollt ihr sein“.



Hätte man damals schon die internationale Managersprache entdeckt, der „Geist von Spiez“ wäre sicher als „Teamspirit“ in die Geschichte eingegangen. Der Inhalt ist derselbe: Eine Mannschaft, in der jeder seine Rolle spielt und doch jeder für den anderen läuft und sich abrackert. Weil am Ende nur der gemeinsame Erfolg

möglich ist. Fritz Walter oder Helmut Rahn – keiner wäre allein Weltmeister geworden.

Diese Erfahrung konnten auch andere deutsche Teams machen. 1974 zum Beispiel, als überhebliche Stars die Vorrunde auf die leichte Schulter nahmen und sich selbst und nicht die Mannschaft in den Vordergrund stellten. Die „Nobodys“ aus dem anderen Teil Deutschlands mussten erst den hochbezahlten westdeutschen

Profis den Wert von Teamgeist und Geschlossenheit vor Augen führen. Im Endspiel war er dann wieder da, der Teamgeist. 2:1 hieß es am Ende gegen die international als überlegen eingeschätzten Niederländer. Zwei der damals aktiven Spieler konnten diese Erfahrung später als Trainer an ihre eigenen Mannschaften weitergeben. Franz Beckenbauer führte das deutsche Team 1990 zur Weltmeisterschaft, mit Berti Vogts wurden wir 1996 Europameister.

Ohne eine solche mannschaftliche Geschlossenheit hat es bislang noch niemand geschafft, große Titel zu erringen. Ob Brasilianer, Niederländer oder Italiener, alle traditionellen Fußballnationen wurden schon einmal von diesem Zerfall eines Teams in Fußball spielende Einzelkämpfer heimgesucht. Auch deutsche Mannschaften waren des Öfteren nur Ansammlungen von Fußballspielern und kein Team. Die blamablen Auftritte bei den Europameisterschaften 2000 und 2004 sind gute (oder schlechte) Beispiele dafür.

Wer letztendlich bei der WM 2010 die Nase vorne haben wird – wir werden es sehen. Sicher ist nur: auch diesmal wird wieder nur die beste Mannschaft Weltmeister.



GURKENTRUPPEN GEGEN WILDSÄUE

Wir leben in spannenden, ja dramatischen Zeiten – und das nicht nur, weil Fußballweltmeisterschaft ist. Die internationalen Finanzmärkte sind beinahe zusammengebrochen, der Euro wackelt, eine Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes erschüttert Bosse sowie Arbeitnehmer und den Deutschen kommt mal soeben ihr Präsident abhanden.

Doch bei all dem schaut der Rest Europas voller Neid auf Deutschland. Keine Entlassungen in der Krise, sondern eine Arbeitslosenzahl, die so niedrig ist, wie seit 18 Jahren nicht mehr. Dazu ein Wirtschaftsmotor, der schon längst wieder angesprungen ist. Zudem der Wille der politischen Führung, umzusteuern und dieses starke Land stark zu halten, damit es für die Schwachen die international unvergleichbar hohen sozialen Standards auch für zukünftige Generationen bewahren kann.

Aber warum sieht kaum jemand im eigenen Land diese Stärke? Warum erlaubt es die öffentliche Meinung, dass in Düsseldorf eine von der Linken geduldete rot-grüne Regierung Experimente im größten Bundesland vollführen darf? Im Übrigen derselbe Politikertypus, der erklärt, dass das höchste politische Amt Deutschlands keinesfalls mit einem Politiker besetzt werden dürfe. Warum? Vielleicht weil es so schön einfach ist, Gurkentruppen gegen Wildsäue spielen zu lassen und sich darüber zu amüsieren. Weil es manchmal so schwer, ist Politik zu erklären und zu verstehen. Und weil die einen den Teamgeist verlernt und die anderen die Staatsräson vergessen haben.

„DIE BERLINER HONOR

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, spricht im Sommerinterview mit der „Berliner Rundschau“ über den Zustand der Koalition auf Bundesebene, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Ziele der Berliner Union.

Berliner Rundschau: Herr Henkel, wie bewerten Sie den Auftakt der christlich-liberalen Regierungskoalition im Bund?

! Wir können mit dem Erscheinungsbild, das im Moment auf Bundesebene herrscht, nicht zufrieden sein. Das sind nicht die Umgangsformen, die man zwischen Koalitionspartnern erwarten darf. Der permanente Streit nervt die Öffentlichkeit genauso wie die Mitglieder unserer Partei. Es muss sich dringend etwas ändern, damit diese Regierung die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Das Potential für eine kraftvolle bürgerliche Politik ist da – jetzt muss es auch abgerufen werden.

BR: Was kann getan werden, um die Stimmung zu verbessern?

! Es muss allen Beteiligten bewusst sein, worum es geht. Das sage ich gerade an die Adresse der FDP, die endlich lernen muss, dass sie nicht mehr auf der Oppositionsbank sitzt. Vor allem dürfen die internen Auseinandersetzungen nicht von anderen wichtigen Entwicklungen ablenken. In Nordrhein-Westfalen will Frau Kraft sich jetzt abhängig von der Linkspartei machen, die sie vor der Wahl noch als „nicht regierungsfähig“ bezeichnet hat. Das bedeutet Instabilität und ein rot-rot-grünes Armutsexperiment im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland. Der Wortbruch von Frau Kraft zeigt, dass die SPD aus dem Ypsilanti-Desaster nichts gelernt hat.



BR: Für Aufsehen hat auch der angekündigte Rückzug des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und der Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler gesorgt.

! Ich nehme diese Entwicklung sehr ernst. Wir brauchen Personen, die das Profil der Union



glaubhaft nach außen verkörpern. Mit Roland Koch etwa verliert die Union einen profilierten Kopf, der sich nie gescheut hat, seine Ansichten auch gegen Widerstände zu vertreten. Ich bedauere diesen Schritt sehr. Hier ist die Bundespartei gefordert, diese Lücke zu schließen.

BR: Lassen Sie uns über Inhalte reden. Die Koalition hat sich vor wenigen Wochen auf ein Sparpaket mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro verständigt.

! Die Griechenland-Krise zeigt, wie dramatisch die Folgen sind, wenn ein Staat dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. Die deutsche Politik

muss jetzt mutige Entscheidungen treffen, und ich bin überzeugt, dass eine konsequente Sparpolitik großen Rückhalt in der Bevölkerung finden wird. Wenn wir jetzt nicht entschieden sparen, schränken wir die staatlichen Spielräume immer weiter ein. Das hieße zum Beispiel, dass wir uns als Gesellschaft immer weniger Unterstützung für Hilfsbedürftige leisten könnten. Deshalb ist der jetzt eingeschlagene Kurs der Bundesregierung notwendig und richtig. Ich sage aber auch: Die Debatte, wie die Lasten einer solchen Sparpolitik gerecht auf alle Schultern verteilt werden, ist in meinen Augen nicht beendet.

IEREN UNSEREN KURS“



bei 25 Prozent. Fühlen Sie sich in Ihrem Kurs bestätigt?

! Ich freue mich, dass wir unsere Umfragewerte unter schwierigen Rahmenbedingungen halten konnten. Es gelingt uns offenbar immer besser, unsere eigenen Leistungen herauszustellen und die Menschen von unserer inhaltlichen Arbeit zu überzeugen. Die Berlinerinnen und Berliner scheinen den Kurs der vergangenen zwei Jahre zu honorieren.

BR: Halten Sie an Ihren Wahlzielen für 2011 fest?

! Ich bin optimistisch, dass wir unser Ziel erreichen können, aus der Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr als stärkste politische Kraft hervorzugehen. Die Bereitschaft und Leidenschaft, diesen unfähigen Senat endlich abzulösen, ist in unserer Partei außerordentlich stark ausgeprägt. Ich bin stolz, was wir in den vergangenen Monaten inhaltlich auf die Beine gestellt haben, etwa unser ausgewogenes Integrationsprogramm, das nicht nur Zuwanderer, sondern eben auch Einheimische im Blick hat.

BR: Mit welchen Themen wollen Sie Rot-Rot treiben?

! An der grundlegenden Misere in Berlin hat sich nichts verändert. Klaus Wowereit ignoriert die drängenden Probleme in unserer Stadt. Rot-Rot ist kraft- und ideenlos. In wichtigen Fragen wie dem Weiterbau der A 100 ist diese Regierung tief zerstritten. Die Eröffnung von BBI wird sich deutlich verzögern - als Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft trägt Wowereit dafür Verantwortung. Die von Rot-Rot beschlossene

Schulstrukturreform wird die dramatischen Probleme im Bildungsbereich nicht beheben, sondern eher verschärfen. Neben der Wirtschafts-, Bildungs- und Integrationspolitik wird auch die soziale und innere Sicherheit eine große Rolle spielen. Ich sehe es mit Sorge, dass die Hemmschwelle zur Gewalt gerade bei Linksextremisten immer weiter sinkt. Der jüngste Anschlag auf Polizisten mit



einem Sprengkörper belegt das. Auch in diesem Bereich ist Rot-Rot leider völlig untätig.

BR: In den Medien wird oft über eine Kandidatur der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast spekuliert. Ihre Meinung?

! Eine Kandidatur von Frau Künast ändert am grundsätzlichen Problem der Grünen nichts. Momentan zehren sie davon, dass sie weder im Bund noch in Berlin Regierungsverantwortung tragen. Deshalb können sie eine substanzlose Wohlfühl-Politik betreiben. Im Wahlkampf wird es den Grünen aber nicht mehr gelingen, sich einer inhaltlichen Debatte zu entziehen. Dann werden sie erklären müssen, ob sie bei der Integration weiter auf eine rückschrittliche Politik setzen. Dann werden sie erklären müssen, ob sie tatsächlich die Gymnasien abschaffen wollen. 2011 werden sich die Grünen zu diesen und vielen anderen Fragen bekennen müssen - ob mit oder ohne Frau Künast.

BR: Kommen wir zu Berlin. In der Hauptstadt liegt die CDU entgegen dem Bundestrend stabil



Den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Frank Henkel, erreichen Sie auch im Internet unter www.frankhenkel-cdu.de oder unter www.facebook.com.

DAS JAHRGANGSÜBERGREIFENDE LERNEN IST GESCHEITERT



die beiden CDU-Politiker. Diese Forderung findet sich auch im „Masterplan Bildung“ der Berliner CDU – ein bildungspolitisches Konzept, das unter Mitarbeit von Bildungsexperten erstellt und bereits im Januar 2009 verabschiedet wurde. Im Mittelpunkt des Konzepts steht die bestmögliche individuelle Förderung jedes

Fast jeder fünfte Schüler bleibt sitzen, viele sind mit dem Lernstoff überfordert – das vom rot-roten Senat eingeführte „Jahrgangsübergreifende Lernen“ (JüL), bei dem Erst- und Zweitklässler gemeinsam unterrichtet werden, ist gescheitert. Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sascha Steuer, und die jugend- und familienpolitische Sprecherin Emine Demirbüken-Wegner fordern eine Abschaffung des JüL-Zwangs.

Die Situation an den Berliner Schulen wird immer dramatischer, nach wie vor ist die Zahl der Sitzenbleiber in der Flexiblen Schulanfangsphase exorbitant hoch. „Wieder mussten 4.300 Schüler ein Jahr länger in der zweiten Klasse bleiben. Angesichts rückgängiger Schülerzahlen dürfte nun fast jeder fünfte Schüler ein Jahr länger in der Flexiblen Schulanfangsphase sitzen“, stellt der bildungspolitische Sprecher der CDU-

Fraktion, Sascha Steuer, fest. Damit hat sich der Wert gegenüber den vergangenen Jahren erneut erhöht. Das führt in vielen Schulen zu räumlichen Engpässen oder einer geringeren Aufnahmekapazität. Zudem zeigen sich bereits Auswirkungen auf die Lernleistung der Schüler: „Bei der Überprüfung der Drittklässler ist aufgefallen, dass Kinder aus dem Jahrgangsübergreifenden Lernen vielfach mit dem Stoff überfordert sind“, erklärt die jugend- und familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Emine Demirbüken-Wegner. Für Steuer und Demirbüken-Wegner steht fest: „Das Jahrgangsübergreifende Lernen ist mehrfach gescheitert“. „Der Senat muss endlich aufwachen und die Schülerinnen und Schüler aus seinem Zwangsbeglückungsprogramm herauslassen“, fordert Steuer. Wenn sich eine Schule für JüL entscheide, so müsse dies auf freiwilliger Basis geschehen, betonen

Schülers. Genau das wünscht sich Demirbüken-Wegner auch im aktuellen Fall: „Statt Jahrgangsmischung brauchen die Schulen sofort eine vernünftige diagnostische Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfes der Schüler und Schülerinnen sowie eine gezielte Frühförderung durch Förderunterricht vor und in der ersten Klasse“. Steuer sieht das ebenso: „Schüler mit Defiziten brauchen gerade am Anfang gute Pädagogen, die auf ihre Bedürfnisse eingehen, und keine älteren Mitschüler, die ihnen die Aufgaben erklären“. Die hohe Quote der Sitzenbleiber in Berlin überrascht die CDU-Politiker in diesem Zusammenhang wenig. „Das ist eine Folge der Politik des rot-roten Senats, innerhalb derer alle Kinder, ungeachtet ihres Förderbedarfes, gleich behandelt werden. Verantwortungsvolle Bildungspolitik sieht anders aus“, so Demirbüken-Wegner.

Stopp der LIGA-Verträge reine Alibi-Lösung

SO WIRD DER MISSBRAUCH BEI WOHLFAHRTSORGANISATIONEN NICHT VERHINDERT



Die Absicht des Senats, die Verträge mit der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin nicht zu verlängern und die Ausgaben selbst stärker zu kontrollieren, bezeichnete der Generalsekretär der Berliner

CDU, Bernd Krömer, als „sozialpolitische Irrfahrt“ des Berliner Senats. „Das Vorhaben, ausgerechnet den Bereich, der bisher bereits mit Hilfe der LIGA vertraglich geregelt war, an sich

zu ziehen, macht deutlich, dass man in der zuständigen Senatsverwaltung für Soziales völlig die Orientierung verloren hat“, so Bernd Krömer.

Gegen den Rat aller Experten solle dieser Bereich „rekommunalisiert“ werden, was auf deutlichen Widerspruch in der Berliner CDU trifft. Nachdem der Senat erst die Vorgänge bei der Treberhilfe als Einzelfall bezeichnet hat, wollte er die Sache über Transparenz-Richtlinien regeln. Krömer: „Nun gibt es eine erneute Kehrtwende: Jetzt werden die LIGA-Verträge nicht

verlängert, diese haben jedoch mit den öffentlich bekannten Problemen nichts zu tun. Das nennt man Symbolpolitik.“ Der CDU-Generalsekretär kritisiert weiter, dass der Senat, insbesondere Sozialsenatorin Knake-Werner, jahrelang jegliche Kontrolle der Zuwendungen unterlassen hat, obwohl es Hinweise aus dem Rechnungshof gab. „Man gewinnt den Eindruck, dass der Senat immer dann handelt und nur das zugibt, was ohnehin alle wissen. So war es bei der HoWoGe, beim S-Bahn-Chaos und nunmehr auch beim Thema Kontrolle der Sozialausgaben.“

Henkel besucht verletzte Polizisten

Nur knapp sind sie mit dem Leben davongekommen, der Schock sitzt immer noch tief. Die beiden Polizeibeamten, die bei einer Demonstration Mitte Juni durch einen Sprengsatzanschlag schwer verletzt wurden, sind die jüngsten Opfer der zunehmenden linksextremen Gewalt.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, besuchte die Polizisten im Krankenhaus, um seine Unterstützung und Solidarität zu bekunden. „Dieser Anschlag stellt eine neue Eskalationsstufe der Brutalität gegen Polizeibeamte dar und ist nicht zu rechtfertigen“, erklärte Henkel. Gewalt – egal, ob von links oder von rechts – sei nicht hinnehmbar und müsse entschieden bekämpft werden, betonte der CDU-Chef. Bei dem Treffen, zu dem Henkel Präsentkörbe für die Beamten mitgebracht hatte, berichteten die Polizisten von ihren Erlebnissen bei der Demonstration: „Diese Leute haben unseren Tod in Kauf genommen“, erzählte Polizeihauptkommissar Stefan S. Ebenso wie sein

Kollege erlitt er tiefe Fleischwunden, musste notoperiert werden. „Bei zukünftigen Einsätzen werde ich immer ein mulmiges Gefühl haben. Aber ich mache weiter“, versicherte S. Vor dem Hintergrund dieses Anschlags und der gene-

rellen Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Polizeibeamte prüft die CDU-geführte Bundesregierung derzeit eine Änderung des Landfriedensbruchrechtes, um Polizisten bei künftigen Einsätzen besser zu schützen.



BZ vom 14. Juni 2010

ROT-ROTE SACKGASSE?

Soviel Einigkeit war selten wie bei der Diskussionsrunde von IHK, Handwerkskammer, Vertretern von Unternehmen und Unternehmensverbänden und der Politik, zu der die CDU-Fraktion Berlin ins Hotel Estrel geladen hatte: Der Ausbau der A100 von Neukölln nach Treptow ist aus verkehrs- und umweltpolitischen, vor allem aber wirtschaftspolitischen Gründen, dringend geboten. Das war die einhellige Meinung.

Welcher Kontrast ergibt sich da zu dem Bild, welches der Berliner Senat und die ihn tragenden Parteien in dieser Frage abgeben. Wowerit

... hinter Neukölln nach Treptow hinein müssen die Autos wieder in die Wohngebiete



und Junge-Reyer können sich in der eigenen Partei nicht durchsetzen, die dominante Parteilinke der SPD paktiert aus rein ideologischen Gründen lieber mit der Linkspartei, der das wirtschaftliche Vorankommen in diesem Teil Berlins offensichtlich ein Dorn im Auge ist. Und Parteichef Müller übt sich im Aussitzen eines Konflikts, der eine Zerreißprobe für die Berliner SPD darstellt.

Dabei liegen die Fakten klar auf der Hand und werden selbst von der SPD-geführten Senatsverwaltung nicht bestritten: Der hauptsächlich vom Bund mit 400 Millionen Euro finanzierte Weiterbau der A100 ist eines der wichtigsten Bauvorhaben der Stadt. Die Verbindung der Wirtschaftsbereiche im Osten und Südosten ist dringend notwendig, zumal gerade dieser Bereich im Zuge der Inbetriebnahme von BBI noch weiter mit Verkehr belastet sein wird. Die Bewohner der Nebenstraßen werden dort ebenso entlastet, wie dies bereits seit Fertigstellung der Anbindung der A113 in Neukölln zu beobachten ist. All diese Argumente zählen aber in den Grabenkämpfen der politischen Linken derzeit nicht – und ein Machtwort kann oder will der angeschlagene Regierende Bürgermeister nicht sprechen. Die CDU hingegen setzt auf leistungsfähige Straßen, auch im Osten Berlins. Dazu zählt auch die so genannte „Tangentenverbindung Ost (TVO)“, die später von der Frankfurter Allee weiter in den Nordosten der Stadt führen soll. Die Entscheidung aber, ob es überhaupt so weit kommt, liegt derzeit bei einer festgefahrenen Linken und einer zerstrittenen SPD. Für zukünftige Investoren in dieser Region wirkt das jedenfalls eher abschreckend und ist mit Sicherheit keine gute Werbung für Berlin. Es bleibt zu hoffen, dass sich bei der entscheidenden Abstimmung im Abgeordnetenhaus genügend Abgeordnete an den ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehenen Weiterbau der A100 erinnern und dem Projekt zustimmen.

Die rot-rote Nachlässigkeit



Frank Henkel vor der Großbaustelle BBI: „Sollte es tatsächlich zu Verzögerungen kommen, trägt Wowerit als Aufsichtsratsvorsitzender eine Mitverantwortung.“

Erst der Flughafen Tempelhof, nun die Deutschlandhalle – willkürlich opfert der rot-rote Senat traditionsreiche Institutionen Berlins ohne einen konkreten Plan zu haben, wie es danach weitergehen soll. Jetzt wurde auch noch bekannt, dass sich die Eröffnung des Flughafens BBI verzögern soll. Nicht nur was die Großprojekte dieser Stadt angeht, legt Rot-Rot eine bemerkenswerte Nachlässigkeit an den Tag.



„Es geht hier nicht um schöne Erinnerungen, die Deutschlandhalle wird dringend benötigt.“

Anfang Mai verkündete der Regierende Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende der Flughafengesellschaft, Klaus Wowerit, dass das größte Infrastrukturprojekt der Region, der Großflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI), im Zeit- und Kostenrahmen liege. Nur drei Wochen später sind seine Worte nichts mehr wert. Plötzlich muss Wowerit zugeben, dass sich der Zeitplan für die Inbetriebnahme des Flughafens BBI, für den der Flughafen Tempelhof überstürzt geschlossen wurde, wohl verzögert. „Eine erhebliche Verzögerung wäre für die Region ein herber Rückschlag. Denn damit wäre nicht nur eine Kostenexplosion verbunden, sondern auch ein Imageverlust, der BBI als Jobmotor gefährden könnte“, erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. Sollte es tatsächlich zu Verzögerungen kommen, trägt Wowerit als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft eine Mitverantwortung. „Als oberster Kontrolleur hat Wowerit es versäumt, seiner Aufgabe nachzukommen und für Transparenz und Klarheit zu sorgen. Diese Nachlässigkeit darf er sich auch deshalb nicht leisten, weil er BBI zur Chefsache erhoben hat“, so Henkel. Ähnlich planlos zeigt sich der rot-rote Senat in Bezug auf die Deutschlandhalle. Hier wurde die Entscheidung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, das denkmalgeschützte Gebäude

zu erhalten, kurzerhand ausgehebelt. Damit ist der Abriss der Deutschlandhalle wohl nicht mehr zu vermeiden. Andreas Statzkowski, sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, kann diese Entscheidung des Senats nicht nachvollziehen: „Es geht hier nicht nur um schöne Erinnerungen, die Deutschlandhalle wird dringend benötigt. Sie wurde in den letzten zehn Jahren als Eissporthalle genutzt und wir haben ein riesiges Defizit an Eissportflächen in dieser Stadt“. Für Statzkowski ist nicht ersichtlich, wieso Rot-Rot in den vergangenen Jahren für die Deutschlandhalle so wenig Interesse gezeigt hat: „Warum wurde die Deutschlandhalle nicht in die Überlegungen zum Ausbau des Messegeländes einbezogen? Warum gibt es keine Planung, warum gibt es kein

Vermarktungskonzept, um die Deutschlandhalle viel intensiver zu nutzen und auch Einnahmen einzuspielen?“ Hier sei schlecht gewirtschaftet worden, kritisiert der CDU-Politiker. Nach Plänen des Wirtschaftsensors Harald Wolf

Erst der Flughafen Tempelhof, nun die Deutschlandhalle – willkürlich opfert der rot-rote Senat traditionsreiche Institutionen Berlins ohne einen konkreten Plan zu haben

(Die Linke) soll neben der Deutschlandhalle auch das ICC abgerissen werden. „Das ist eine völlig verfehlte Politik“, so Statzkowski. Nicht nur aus Kostengründen, sondern auch angesichts des Symbolcharakters der Deutschlandhalle und des ICC solle ein Abriss vermieden

und die Gebäude saniert werden. „Dafür wird sich die CDU Berlin einsetzen“, verspricht Statzkowski. Bleibt abzuwarten, welches Projekt der rot-rote Senat demnächst „in Angriff“ nimmt... .



Das prominenteste Bauvorhaben der Bundesrepublik ist vorerst verschoben – im Zuge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat die Bundesregierung die Mittel für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses für die nächsten drei Jahre gestrichen. Frank Henkel, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU, zeigte sich enttäuscht: „Das Ziel der Haushaltskonsolidierung ist im Grundsatz richtig. Aus Berliner Sicht sind jedoch einige Entscheidungen sehr schmerzhaft und entsprechen nicht dem, was wir für politisch vernünftig halten“. Henkel verwies darauf, dass die Verschiebung des Wiederaufbaus viele Risiken berge: „Es hat lange gedauert, um dieses Jahrhundertprojekt gegen erhebliche Widerstände linker Parteien durchzusetzen. Wenn der Baubeginn jetzt verschoben wird, besteht die Gefahr, dass die Debatte in einigen Jahren völlig neu aufgerollt wird“. Auch Prof. Monika Grütters, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Berlin und Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, kritisiert die Verschiebung. „Wer dieses Projekt opfert, muss tabulos über den kompletten Umzug aller Bundesministerien von Bonn nach Berlin nachdenken“, so Grütters.



Angeregte Diskussion mit dem Plenum (v.l.n.r.): Frank Steffel, Michael Borchard, Thomas Heilmann, Andreas Statzkowski, Michael Braun und Monika Grütters

Die Berliner Stadtfamilie

Ehrenamtliches Engagement und Bürgersinn standen auf der diesjährigen Landesmitgliederversammlung der Berliner CDU im Mittelpunkt. Über 250 Mitglieder waren gekommen, um über die Frage zu diskutieren, wie man Menschen dazu motivieren kann, ihre Potentiale in unsere Gesellschaft einzubringen. Abschließend beschlossen alle gemeinsam das bürgergesellschaftliche Konzept „Die Berliner Stadtfamilie“.

Die Familiendefinition der CDU besagt, dass Familie dort ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Warum sollte man dieses Bild nicht auf die Stadt Berlin übertragen? Warum sollten die Berlinerinnen und Berliner nicht eine „Stadtfamilie“ bilden, in der jeder dazu angehalten wird, auch für den anderen da zu sein? Unter diesem Motto diskutierten über 250 Mitglieder auf der diesjährigen Landesmitgliederversammlung der CDU Berlin im Konrad-Adenauer-Haus über ein Thema, das sie durch ihre Mitgliedschaft in einer politischen Partei selbst mit Leben erfüllen: gesellschaftliches Engagement. Die Anwesenden waren sich bald einig, dass sich eine Gesellschaft,

in der Engagement für das Gemeinwesen zur Mentalität gehört, nicht von alleine einstellt. Deshalb sei es die Aufgabe der Politik, dieses Engagement anzuregen und zu fördern, betonte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. „Wir müssen die Potentiale der Menschen in Berlin aktivieren und ihre Motivation für ehrenamtliche Tätigkeiten stärken“, so Henkel, „denn ohne die Arbeit, die ehrenamtlich in Vereinen, sozialen Einrichtungen und gemeinnützigen Organisationen geleistet wird, kann ein bürgerliches Gemeinwesen nicht funktionieren“. Wie genau Politik motivieren und ehrenamtliche Arbeit gestärkt werden kann, wurde anschließend in vier parallelen Arbeitsforen erörtert. Unter der Leitung der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Braun (Arbeitsgruppe „Mein Bezirk, mein Kiez, meine Nachbarschaft“), Dr. Frank Steffel („Mein Verein, meine Freunde, meine Aufgabe“), Prof. Monika Grütters („Unser Thema, unser Projekt unsere Stadt“) und Prof. Thomas Heilmann („Helfer für Helfer“) wurden von Sportvereinen über Stiftungen alle Bereiche angesprochen, in denen sich Menschen um Menschen kümmern. Gäste wie ARCHE-

Gründer Bernd Siggelkow, der Bezirksbürgermeister von Steglitz-Zehlendorf, Norbert Kopp, oder Zehnkampf-Olympiasieger Christian Schenk berichteten von ihren Erfahrungen mit ehrenamtlicher Arbeit. Die Arbeitsergebnisse aus den Foren wurden anschließend unter der Moderation von Landesschatzmeister Andreas Statzkowski präsentiert. Zum Abschluss der Versammlung verabschiedeten die anwesenden Mitglieder gemeinsam das neue bürgergesellschaftliche Konzept der CDU Berlin „Die Berliner Stadtfamilie“.



Sie erhalten das Konzept „Die Berliner Stadtfamilie“ unter www.cduberlin.de oder können es in gedruckter Fassung bei der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin (Tel. 030 / 326 904 0) anfordern.

CDU WILL BERLIN ALS „E-TROPOLIS“

KONZEPT FÜR BERLIN ALS MODELLSTADT FÜR E-MOBILITY VORGELEGT

Mit einem Konzept, welches Berlin zur weltweiten Modellstadt für die Einführung von Elektrofahrzeugen im großen Stile machen soll, hat die Berliner CDU ein weiteres Mal ihre Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung der Stadt vorgelegt.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel präsentierte im Mai gemeinsam mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Heilmann, IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder und Kurt Blumenröder von der Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (IAV) Fakten und Zahlen zu dem Projekt „e-tropolis Berlin“.

Die CDU will Berlin damit zur Modellstadt für „e-Mobility“, also für elektrische Antriebe, ma-

chen. So will man beispielsweise durch das Angebot eines Besteller-Pools für Elektroautos in Zusammenarbeit mit den Taxiunternehmen, der



(v.l.n.r.): Jan Eder, Frank Henkel, Thomas Heilmann und Kurt Blumenröder

BVG oder anderen Unternehmen mit einem großen Fuhrpark die Voraussetzung für ca. 40.000 Fahrzeuge in Berlin schaffen. Die notwendige Technologie, wie z.B. die berührungsfreie Aufladung der Akkumulatoren, könnte in Berlin zur Serienreife entwickelt und produziert werden. All diese Technologien sind bereits entwickelt, in anderen Ländern arbeitet man bereits mit Hochdruck an der Einführung des emissionsfreien Verkehrs.

„Berlin hat die besten Voraussetzungen, diese Pläne zu verwirklichen. Es droht aber wieder einmal, dass der Senat die Entwicklung verschläft. Wir wollen mit unserem Konzept Schwung in die Sache bringen“, so Frank Henkel.



Warum das Sparpaket sozial ausgewogen und zukunftsorientiert ist

„Die Bundesregierung hat das größte Sparpaket der Geschichte auf den Weg gebracht. Über 80 Milliarden Euro sollen in den nächsten vier Jahren eingespart werden. Dies geschieht nicht zum Selbstzweck, sondern um Vertrauen zu schaffen und den Euro langfristig zu stabilisieren, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen, aber dabei keine Arbeitsplätze zu gefährden und nicht zuletzt um die Lasten fair zu verteilen.“

Das stellt Dr. Frank Steffel, CDU-Finanzexperte, Bundestagsabgeordneter aus Reinickendorf und stellvertretender Landesvorsitzender, fest und beschreibt die Leitlinien des zukunftsweisenden und sozial gerechten Sparpakets der Bundesregierung.



Steffel: „Wir müssen nachhaltig sparen, um Vertrauen zu schaffen und den Euro zu stabilisieren. Schon jetzt werden 12 Prozent des Bundeshaushalts für Zinsen und 55 Prozent für soziale

Leistungen ausgegeben. Jeder vierte Euro ist inzwischen kreditfinanziert. Damit wird uns viel Handlungs- und unseren Kindern und Enkeln Gestaltungsspielraum für ihre eigene Zukunft genommen. Eine konsequente Haushaltskonsolidierung muss den Grundstein für tragfähige öffentliche Finanzen und stabile soziale Sicherungssysteme legen.“

Der CDU-Politiker betont, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der deutschen Finanzpolitik sichergestellt werden müsse. Die Entwicklungen in Griechenland und anderen Euro-Ländern seien eine deutliche Warnung, die öffentliche Verschuldung nicht ins Uferlose auszudehnen zu lassen. Das Vertrauen der Märkte in Deutschland hätte Deutschland übrigens auch der Tatsache zu verdanken, so Dr. Steffel, dass die CDU-geführte Bundesregierung gegen den Widerstand von Rot-Rot die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert habe.

„Zentrales Ziel der Bundesregierung ist es“, so betont der Politiker, der selbst Unternehmer ist, „das wirtschaftliche Wachstum nachhaltig zu stärken. Denn Wachstum unterstützt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch mehr Beschäftigung, geringere Sozialausgaben und durch steigende Steuereinnahmen.“ Die beschlossenen Maßnahmen erfüllten gerade diese Vorgabe. Steffel: „Wir konsolidieren nachhaltig auf der Ausgabenseite. Wir haben uns deswegen bewusst gegen Steuererhöhungen entschieden. Die wären Gift für das Wachstum und für die Arbeitsplätze. Gleichzeitig bauen wir Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung als zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft aus. Der Abbau von Subventionen, beispielsweise bei den Energiesteuern, sorgt für nachhaltiges Wachstum und baut Wettbewerbsverzerrungen ab.“

Rentner und Menschen mit Behinderungen würden durch das Programm gleichzeitig und ausdrücklich geschont, streicht der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete heraus. Für Arbeitslose gelte: Die Balance zwischen

Eigenverantwortung und Solidarität solle wiederhergestellt werden. Ziel aller Arbeitsmarktmaßnahmen müsse es unverändert sein, heute und in Zukunft möglichst viele Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen.

Das Gesamtpaket müsse aber, so Frank Steffel, gerecht sein: „Nachhaltig kann unsere Finanzpolitik nur dann sein, wenn sie von breiten Teilen der Bevölkerung als fair empfunden wird. Dazu ist eine faire Verteilung der Lasten aus den Sparmaßnahmen erforderlich. Die Wirtschaft leistet durch Subventionsabbau und zusätzliche Abgaben einen Beitrag von jährlich bis zu 7,5 Mrd. Euro (Energiesteuern, Luftverkehrs-, Kernenergie- und Bankenabgabe). Dies trifft vor allem große Konzerne. Den Mittelstand haben wir dagegen kaum belastet. Die Verwaltungsausgaben des Bundes werden jedes Jahr pauschal um 4 Mrd. Euro reduziert. Bis 2014 baut der Bund dauerhaft mehr als 10.000 Stellen ab.“

Insgesamt werde das Sparpaket den Bund um 11,2 Mrd. Euro in 2011, 19,1 Mrd. in 2012, 23,7 Mrd. in 2013 und 27,6 Mrd. in 2014 entlasten. Steffel: „Damit stellen wir die Weichen für eine langfristig tragfähige Finanzpolitik sowie eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes.“

Die CDU-geführte Bundesregierung beschließt ein Sparpaket von 80 Milliarden Euro bis 2014. Zusammen mit der Schuldenbremse setzen wir damit neue Grundpfeiler für solide Staatsfinanzen und bewahren uns die Kraft für die Setzung von Schwerpunkten. Wir investieren in Bildung, Erziehung und wirtschaftliches Wachstum. Zugleich sichert ein fairer Lastenausgleich die soziale Balance. Die bisherigen Schutzschirme, wie etwa die Rentengarantie, haben weiter Bestand.

Die wichtigsten Eckpunkte:

- Die Banken werden über eine Abgabe und eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer an den Krisenkosten beteiligt.
- Es wird eine Brennelementesteuer eingeführt. Erträge aus Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken werden damit zusätzlich besteuert.
- Wir führen eine Luftverkehrsabgabe ein, die sich nach ökologischen Kriterien wie Lärm und Energieverbrauch bemisst.
- Auf die Erhöhung von Sonderzahlungen für Bundesbeamte wird verzichtet. Bis 2014 werden zudem 10.000 Stellen abgebaut.
- Der Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld (ALG) I zum ALG II und der Beitrag zur Rentenversicherung bei ALG II-Empfängern entfallen. Rentenansprüche bleiben erhalten.
- Beim Elterngeld wird die Quote für die Berechnung um 2 Prozentpunkte gesenkt. ALG II-Empfänger erhalten künftig kein Elterngeld. Die Einsparungen sollen in Bildungsangebote für Kinder aus betroffenen Familien investiert werden.
- Die Arbeitsmarkt-Angebote für ALG II-Bezieher gestalten wir zielgerichteter mit mehr Ermessen vor Ort.

Die Verschuldung unseres Landes erhält eine wirksame Bremse. Und mit 12 Milliarden Euro zusätzlichen Investitionen in Bildung und Forschung schaffen wir neue Wachstumsimpulse. Das macht unser Land stark und sichert eine gute Zukunft.

Aus dem Bundestag



Bedrohliche Zunahmen linksextemer Straftaten



Die Aktuelle Stunde der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hatte einen traurigen Anlass. Unlängst wurden bei einer Demonstration Polizeibeamte gezielt mit einem Sprengsatz beworfen und verletzt. Kai Wegner (links im Bild), Spandauer Abgeordneter und Vorsitzender der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Fraktion,



sagte: „Mein herzlichstes Mitgefühl und die besten Genesungswünsche gelten den verletzten Beamten und

deren Familien. Es handelt sich mittlerweile leider nicht mehr um Einzelfälle: Von sieben politisch links motivierten Tötungsversuchen im letzten Jahr haben sich allein 4 gegen Polizisten gerichtet. Von 849 Körperverletzungsdelikten richteten sich 440 gegen Polizeikräfte.“ Die Ausübung der Demonstrationsfreiheit dürfe für niemanden in diesem Lande gefährlich werden. Deshalb prüfe die christlich-liberale Koalition den besseren strafrechtlichen Schutz von Polizei und anderen. Dabei dürften auch diejenigen, die Dienstkleidung tragen, wie zum Beispiel BVG-Fahrer, nicht vergessen werden. Wegner: „Wir haben in Berlin große Erfolge mit einem runden Tisch gegen Rechtsextremismus erzielt. Es ist Zeit, dass sich Rot-Rot in Berlin nicht länger der CDU-Forderung nach einem runden Tisch gegen Linksextremismus verweigert.“

Deutsche Kultur in Italien



Anfang Juni war die Bundestagsabgeordnete Prof. Monika Grütters in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages in Rom. Die Abgeordnete nahm dabei als Vertreterin Deutschlands am offiziellen Festakt anlässlich des 100jährigen Bestehens der Villa Massimo teil. Die Villa Massimo ist eine Kultureinrichtung im Besitz der Bundesrepublik Deutschland und



dient seither herausragenden deutschen Künstlern als Aufenthaltsort für ihre Arbeit. Außerdem besuchte Monika Grütters auf Einladung des stellvertretenden Direktors, dem deutschen Kunsthistoriker Prof. Dr. Arnold Nesselrath, die vatikanischen Museen (beide zu sehen vor der Messe von Bolsena, einem meisterhaften Wandbild Raffaels).

Gegen Beton-Mauer in Nikolassee



Der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann lud gemeinsam mit der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf die Anwohner der Ortsteile Nikolassee/Schlachtensee zur Diskussion über die von der Deutschen Bahn geplanten Lärmschutz-Wand in die Dreilinden Schule ein. Der Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Enak Ferlemann, stand als sachkundiger Ansprechpartner für Fragen und Anregungen zur Verfügung und sagte den zahlreich erschienenen Anwohnern seine Unterstützung bei der Suche nach alternativen Lärmschutzmaßnahmen



zu. Prof. Eberhard Hohnecker, Leiter der Abteilung Eisenbahnwesen des

Karlsruher Instituts für Technologie, zeigte den Anwohnern neue mögliche Alternativen auf, mit denen die Lärmschutzbestimmungen auch ohne die Errichtung einer sechs Meter hohen Mauer gewährleistet werden könnten. Mittlerweile prüft das Eisenbahnbundesamt eine neuartige Form von Schallreflexionsmauer, die sich wesentlich harmonischer in das Ortsbild einfügen würde. Karl-Georg Wellmann steht weiterhin in engem Kontakt mit den engagierten Bürgern in Nikolassee auf der einen Seite sowie den Vertretern des Ministeriums und der Bahn auf der anderen Seite. Zusammen mit der CDU im Bezirk setzt er sich erfolgreich für eine allseits verträgliche Lösung des Lärmproblems ein.

Engagierte Diskussion zum Hilfspaket



Milliardenschwere Hilfspakete, erst für Griechenland, dann für den Euro. Worum geht es, wofür so viel Geld? Zu diesem Thema hat die Neuköllner Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang interessierte Bürgerinnen und Bürger

in den Deutschen Bundestag zum „Neuköllner Gespräch“ eingeladen. Über 250 Gäste erhielten vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Finanzminister, Steffen Kampeter MdB, im Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Informationen über die Rettungspakete aus erster Hand. „Auch wenn die Entscheidung zum Euro-Rettungsschirm unpopulär



ist, bin ich von der Notwendigkeit überzeugt. Er stärkt den Euro und damit auch Europa“, erklärt Stefanie Vogelsang bei dem politischen Hintergrundgespräch. „Europa ist keine Transferunion, aber der Euro bindet uns in Europa zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen. Da stehen auch wir Deutschen in Verantwortung“, so das Mitglied des Haushaltsausschusses Stefanie Vogelsang weiter.

Mieter und Vermieter schützen



Der Berliner Bundestagsabgeordnete und Mietrechtsexperte der Union, Dr. Jan-Marco Luczak, hat in den Verhandlungen mit dem Bundesjustizministerium einen besseren und schnelleren Räumungsschutz gegen kriminelle Mieter eingefordert: „Vermieter müssen schnell reagieren können, wenn sie es mit Mietnomaden zu tun haben. Es kann nicht sein, dass kriminelle Mieter es in der Hand haben, ihren Rauswurf um bis zu zwei Jahre zu verzögern.“ Luczak sieht den Gesetzgeber in der Handlungspflicht: „Mietnomaden verursachen durchschnittlich rund 25.000 Euro Schaden pro Fall. Insbesondere für private Kleinvermieter ist das oft existenzbedrohend.“

Zugleich wandte er sich gegen die im Koalitionsvertrag vorgesehene Angleichung der unterschiedlichen Kündigungsfristen von Mietern und Vermietern: „In der Praxis spielen die unterschiedlich langen Kündigungsfristen keine Rolle, da die meisten Kündigungen ohnehin von den Mietern ausgesprochen werden.“ Luczak betonte, dass der soziale Charakter des Mietrechts gewahrt werden muss – Mieter, die seit vielen Jahren in einer Wohnung leben und dort verankert sind, sollten nicht innerhalb von drei Monaten umziehen müssen.



DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

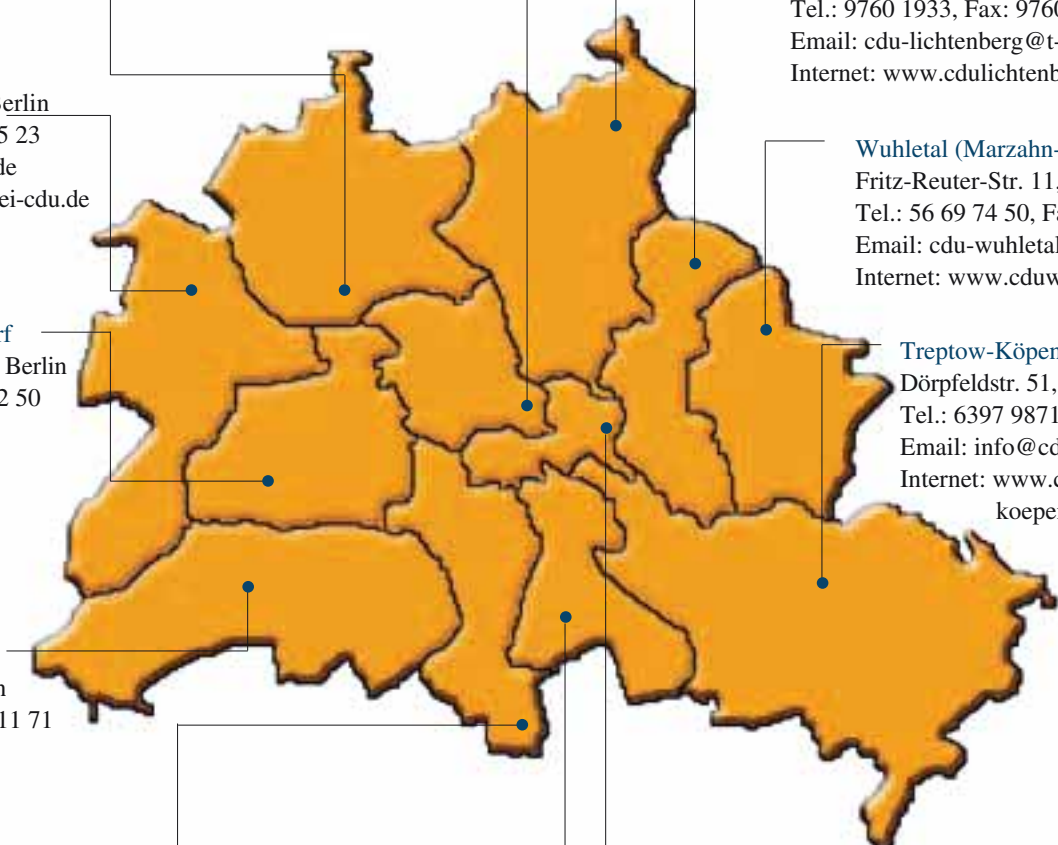
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick

Dörfelfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de



ACHTUNG, NEUE ADRESSE



Die neue Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin sowie die Geschäftsstellen der Landesvereinigungen finden Sie jetzt in der Kleiststraße 23 – 26, 10787 Berlin, direkt am Wittenbergplatz. Alle Telefonnummern und sonstige Kommunikationsdaten sind gleich geblieben.

HERAUSGEBER UND HERSTELLUNG

CDU-Landesverband Berlin,
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel, Melanie Groll, Frank Marten
LAYOUT und PRODUKTION:
Verlag ante portas
BerlinMedia GmbH

BILDNACHWEIS
von oben links nach unten rechts:

S. 1: Luther, Reitze, istock_Sportstock;
S. 2 - 5: Reitze; S. 6: istock_lvdesign;
S. 7 - 9: Reitze;
S. 10: Weser;
S. 11: alle privat;
S. 12: Reitze;
S. 13: Bach, Bandholtz, privat, Garmer;
S. 14: Fielitz, Marten, Reitze;
S. 15, 16: Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Union vor Ort

Ministers Märchenstunde

Die Berliner Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** nahm gemeinsam mit Bundesverteidigungsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** (Foto: Cathrin Bach) an der Initiative „Politiker erzählen Märchen“ der Stiftung Brandenburger Tor und des Märchenland e.V. teil. Die Geschichte handelte



vom „Verrosteten Ritter“. „Märchen sind ein wertvolles Kulturgut und stehen am Anfang aller Bildungsbemühungen“, so Grütters.

Langer Atem

Der Generalsekretär der Berliner CDU, **Bernd Krömer**, und der Bundestagsabgeordnete **Dr. Jan-Marco Luczak** nahmen auch in diesem Jahr gemeinsam mit dem „Team



Luczak“ an der Lichtenraeder Meile teil. Während Luczak die Sprintstrecke von 7,5 km absolvierte, war der „General“ über die doppelte Distanz unterwegs.

Aus dem wird nie etwas

Hans Wall (2. v. rechts), einer der erfolgreichsten Berliner Unternehmer, war zu Gast bei der CDU Hohenschönhausen in der Anna-



Seghers-Bibliothek, um seine Autobiographie vorzustellen. „Aus dem

Jungen wird nie was – vom Mechaniker zum Millionär: Warum in Deutschland jeder eine Chance braucht“ heißt das Werk, dessen Vorstellung von **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (rechts) moderiert wurde.

5. Kinder-Bölschefest

Es war schon ein kleines Jubiläum. Denn immerhin zum 5. Mal in Folge wurde unter der Schirmherrschaft des CDU-Abgeordneten **Oli- ver Scholz** das Kinder-Bölschefest auf dem Marktplatz Friedrichshagen veranstaltet. Zu den vielen Attraktionen zählten u. a. Kinderschminken, Basteln, Karussell,



eine Hundeshow und ein Europa-Quiz mit vielen Preisen.

Erdbeeren tun gut(es)

Gebacken und gespendet von Möwenpick und Marché, wurde auf dem Breitscheidplatz der längste Erdbeerkuchen Berlins zugunsten der Aktion „Stark für die Schwa-



chen“ des CCB Charity Club Berlin e.V. verkauft. Die Grüße des gastgebenden Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf überbrachte Stadtrat **Joachim Krüger** (CDU). Gemeinsam mit **Brigitte Grothum** und **Wolfgang Bahro**, Serienstar aus GSGZ, beobachtet er den fachmännischen Anschnitt des Kuchen durch den Initiator **Dr. Joachim Wander**, Präsident des CCB.

Fußball tut 2x Gutes

Bundesfamilienministerin **Kristina Schröder** eröffnete die fünften Respect Gaymes. Mit am Start für CDU und LSU war eine Mannschaft der JU Lichtenberg. Die Mannschaft belegte einen der



ersten acht Plätze. Der SC Borsigwalde veranstaltete außerdem wieder das Fußballturnier gegen Ausländerfeindlichkeit. **Hans-Peter Ott** organisierte die Veranstaltung und die CDU-Abgeordnete **Emine Demirbükten-Wegner** über-



nahm wie im vergangenen Jahr die Schirmherrschaft. Den Wanderpokal gewann der BSV-AL-Dersimspor I.D.

Ausgespielt

Immer mehr Bürger in Moabit beklagen die fast ungezügelte Zunahme von Spielhallen. Selbst in Wohnstraßen wächst die Zahl rapide. Die CDU im Kiez fordert, mit dem Verwaltungsrecht dagegen vorzugehen und wirbt dafür mit Flugblättern und Ständen.



Aktiv alt werden

Bei einem Vortrag im Sozialwerk Berlin bekräftigte der CDU-Ab-



geordnete **Gregor Hoffmann**, dass die Union der Offenen Altenarbeit einen sehr hohen Stellenwert beimesse. Während auf Bundesebene zuletzt **Ursula von der Leyen** zahlreiche Projekte angestoßen habe, sei der rot-rote Senat in Berlin laut der Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU hingegen der Meinung, dass es keiner neuen Konzepte bedürft, kritisierte Hoffmann.

CDU kämpft für Ortskern Mahlsdorf

Auf Antrag des Stadtrats Norbert Lüttke (Die Linke) soll im Ortskern Mahlsdorf reichlich neue Verkaufsfläche ermöglicht werden. Die von **Mario Czaja** (CDU) im Vorfeld in einem Anwohnerbrief formulierten Bedenken wurden nun auf einer Anwohnersammlung, zu der mehr als 150 Betroffene erschienen waren, geteilt.

Privat oder Staat?

Die Sicherheit und das Preisniveau von Ver- und Entsorgung sind erneut in der Diskussion. Nach einer Welle von Teilprivatisierungen scheint das Pendel nun zurückzuschlagen. Dazu diskutierten unter der Moderation von **Dr. Michael Garmer** (Bildmitte), Vorsitzender des Forums Energie,



Umwelt und ökologische Stadterneuerung der Berliner CDU, Herr **Prof. Dr. Michael Eilfort** von der Stiftung Marktwirtschaft, **Dr. Gerd Gies**, Ministerpräsident a.D., **Hans-Joachim Reck**, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes kommunaler Unternehmen, und der CDU-Abgeordnete **Matthias Brauner**.



Eine Mahnung für die Freiheit

Sie gingen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, ein geeintes Vaterland und freie Wahlen auf die Straße – viele von ihnen bezahlten ihren Protest mit dem Leben. In diesen Tagen jährte sich der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zum 57. Mal. „Dieses Ereignis muss uns Mahnung bleiben, die errungene Freiheit jeden Tag gegen ihre Feinde zu verteidigen“,

erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel.



Massive ökonomische Probleme, Versorgungsengpässe, Enteignungen – die auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 eingeleiteten Maßnahmen zum Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild hatten fatale Folgen für die Bevölkerung der jungen DDR. Hundertausende verließen den Arbeiter- und Bauernstaat in Richtung Westen, die Stimmung war gedrückt. Als

die SED im Mai 1953 zudem eine Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent bei gleichbleibendem Lohn beschloss, erweckte dies den Zorn der Bevölkerung. Nach mehreren kleinen Protestaktionen und Streiks traten die Ost-Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953 in den Generalstreik und zogen zu Tausenden in die Berliner Innenstadt – die Politik des „neuen Kurses“ der SED kam zu spät. Auch in anderen DDR-Städten gab es Streiks und Demonstrationen. Bald wurden die sozialen Forderungen der Arbeiter durch Forderungen nach freien Wahlen und nach der Wiedervereinigung des geteilten Deutschland abgelöst, insgesamt mehr als eine Million Demonstranten richteten sich gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime. Gegen Mittag dieses 17. Juni fuhren sowjetische Panzer auf. Die Brutalität, mit der die Proteste niedergeschlagen wurden, erschreckt noch bis heute. Mindestens 55 Menschenleben forderte der Volksaufstand, weitere Todesfälle bleiben bis heute ungeklärt. „Die Leute, die 1953 auf die Straße gingen, waren Helden, sie waren deutsche Patrioten“, erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, anlässlich der Gedenkfeier zum Volksaufstand vom 17. Juni. „Sie legten einen beeindruckenden Mut an den

Tag, sie waren vom Willen beseelt, sich gegen Unterdrückung und Willkür zur Wehr setzen“, so Henkel weiter. Erst 36 Jahre später sollte der Traum dieser Menschen von Freiheit und vom geeinten Vaterland in Erfüllung gehen. „Dieses Ereignis muss uns Mahnung bleiben, die errungene Freiheit jeden Tag gegen ihre Feinde zu verteidigen“, betonte der CDU-Chef, „wir werden uns auch in Zukunft mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Erfahrungen der deutschen Teilung und die Schrecken der SED-Diktatur an kommende Generationen weitergegeben werden.“



Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel und Generalsekretär Bernd Krömer bei der Kranzniederlegung

BRAUN FORDERT DENKMAL FÜR GESCHÄNDETE FRAUEN

Am 08. Mai jährte sich der Tag der Befreiung zum 65. Mal. Aus diesem Anlass geriet das Schicksal der vergewaltigten Frauen in den Blick der Öffentlichkeit. Der stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende sowie kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Braun, erklärte: „Unser



Gedenken gilt den Opfern des Krieges. Dazu zählen auch die Frauen, die ab dem Frühjahr 1945 von den Soldaten der Besatzungsmächte missbraucht wurden.“ Vorsichtige Schätzungen gehen von mehr als 100.000 Vergewaltigungsopfern in Berlin aus. Die Dunkelziffer ist

bei dieser Form der Gewalt jedoch sehr hoch. Die damaligen Schändungen von Frauen durch Soldaten der Besatzungsmächte, vor allem der sowjetischen, waren ein jahrzehntelanges Tabu. Diesen Frauen wurde nie Gerechtigkeit zuteil, ihrer wurde bisher weder öffentlich gedacht, noch wurde an ihr Schicksal erinnert.

Braun: „Auch diese Frauen waren Opfer des Krieges, unabhängig von der Tatsache, dass Hitler-Deutschland den schrecklichen Krieg begonnen hat. Viele durften und konnten über ihr Opferwerden nicht sprechen. Viele wurden nach den Schandtaten ermordet oder nahmen sich selbst das Leben, weil sie mit der Schande nicht

leben konnten. Andere litten ein Leben lang, einige leiden noch heute unter den Folgen der Vergewaltigung. Die Vergewaltigungen waren ein jahrzehntelanges Tabu, dieser Frauen wurde bisher weder öffentlich gedacht, noch an ihr Schicksal erinnert, noch wurde ihnen - soweit überhaupt möglich - Gerechtigkeit zuteil.“

Daher hält es die Berliner CDU-Fraktion für angemessenen, den geschändeten Frauen ein Denkmal in Berlin zu errichten. Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Senat auf, bis zum 30. September 2010 ein Konzept zur Errichtung eines Denkmals für die ab Frühjahr 1945 von den Soldaten der Besatzungsmächte vergewaltigten Frauen vorzulegen.

Gegen Vergessen – für Demokratie



Eberhard Diepgen ist seit zwei Jahren stellvertretender Vorsitzender des bundesweit engagierten Vereins „Gegen Vergessen- für Demokratie“. Er folgte Hanna-Renate Laurien in diesem Amt und will jetzt mehr CDU-Anhänger für ein Engagement in der parteiübergreifenden Vereinigung gewinnen.

Warum engagieren Sie sich in dieser Vereinigung?

„Gegen Vergessen – für Demokratie“ wurde vor fast zwanzig Jahren als Reaktion auf ausländerfeindliche Morde und andere Straftaten gegründet. Initiatoren waren u.a. Hanna-Renate Laurien und Jochen Vogel. Die Aktualität ist geblieben. Gefahren für unsere Demokratie gibt es von Rechts- und Linksextremen. Auf keinem Auge darf man blind sein.

Was bedeutet „Gegen Vergessen“?

Aufklärung und Auseinandersetzung mit den Verbrechen der beiden deutschen Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts – mit allen Unterschieden und vergleichbaren Gefährdungen für Freiheit und Menschenwürde. Die vielen regionalen Arbeitsgruppen organisieren Gespräche mit Zeitzeugen – Überlebenden des Holocaust und Gefangen in Stasigefängnissen. Wir dürfen nicht nur die Wiedervereinigung feiern, sondern auch klarmachen, warum es in der DDR eine freiheitliche Revolution – nicht nur eine so genannte Wende – gab. Und wir helfen verunsicherten Familienangehörigen...

Sinnbild für die Verbrechen der beiden Diktaturen in Deutschland ist das Konzentrationslager Sachsenhausen in der Nähe Berlins. Das KZ Sachsenhausen war der Name eines ab 1936 eingerichteten nationalsozialistischen deutschen Konzentrationslagers im Oranienburger Ortsteil Sachsenhausen nördlich von Berlin. Durch die Nähe zu Berlin und damit auch zur Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße hatte dieses Lager eine Sonderrolle im KZ-System. Ein großes SS-Kontingent war hier stationiert. Das Lager diente als Ausbildungsort für KZ-Kommandanten und das Bewachungspersonal im ganzen NS-Bereich (ähnlich wie das KZ Dachau). Insgesamt wurden ca. 200.000 Häftlinge nach Sachsenhausen deportiert, nur etwa 140.000 davon wurden registriert. Im August 1941 wurde eine Massenerschießungsanlage errichtet, in der dann etwa 13.000 bis 18.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden. Insgesamt sollen mehrere zehntausend Häftlinge ermordet worden sein. Nachdem im Sommer 1945 die



... Was heißt das?

Jugendliche geraten in ein politisch-kriminelles Milieu. Eltern stellen Veränderungen bei ihren Kindern fest, die ihren Sorgen bereiten. Der Verein bietet eine Online-Beratung an, es gibt professionelle Hilfe beim Abdriften in die rechtsradikale Szene.

Nur im Kampf gegen Rechtsradikale und rassistische Gruppierungen ?

Bisher Ja. Bisher gibt es auch nur dafür finanzielle Unterstützung durch den Bund. Ich teile aber Ihre unausgesprochene Forderung. Gerade Berlin ist eine Hochburg politisch motivierter Straftaten aus dem linken Milieu. Die Gefahren für unsere Demokratie, die vom Linksradikalismus ausgehen, werden gerne kleingeredet. Die Berliner CDU hat das oft kritisiert. Aber gerade deswegen sollten sich mehr Anhänger und Mitglieder dieser Partei auch in überparteilichen Vereinigungen engagieren, die jenseits der parteipolitischen Auseinandersetzungen die Kleinarbeit gegen Vergessen und für Demokratie leisten.

Wo liegt der Schwerpunkt der Arbeit, gegen Vergessen oder für Demokratie?

Für die Vereinigung gehört beides untrennbar zusammen. Ohne Kenntnis der Zeitgeschichte versteht man das Heute nicht. Aber entscheidend ist das Ziel. Das ist eine lebendige Demokratie.

Wie stark ist der Verein heute?

Es gibt 26 regionale Arbeitsgruppen mit über 2000 Mitgliedern. (Gegen Vergessen-für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin) info@gegen-vergessen.de

letzten der befreiten Häftlinge das Gelände verlassen hatten, wurde das Lager seit August 1945 durch die Sowjetische Militäradministration als Internierungslager genutzt. Außer dem Krematorium und der Vernichtungsanlage wurden fast alle Lagergebäude, vor allem die Holzbaracken, das Lagergefängnis und die Wirtschaftsgebäude, wieder in Betrieb genommen. Gegen Ende 1945 war das Lager wieder voll belegt (12.000 Personen). Im folgenden Jahr waren zeitweise bis zu 16.000 Menschen ohne Rechtsgrundlage und unter menschenverachtenden Bedingungen im Lager eingesperrt. Das Lager war kein Arbeitslager. Die Häftlinge litten unter der erzwungenen Untätigkeit, unter ständigem Hunger,

Kälte, Ungeziefer und medizinisch nicht behandelten Folgeerkrankungen. Sie starben zu Tausenden und wurden in Massengräber geworfen und verscharrt. Von den in den Jahren 1945 bis 1950 etwa 60.000 Inhaftierten starben etwa 12.000 Häftlinge an Unterernährung, Krankheiten, psychischer und physischer Entkräftung. (aus wikipedia)



**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32**

info@kbb-berlin.de

**Der KBB-Vorstand:
Tim-Rainer Bornholt
Jürgen Vogt
Volker Liepelt
Verena Butalikakis
Frank Henkel**

CDU BERLIN

Einladung zur Einweihungsfeier und WM-Party!



Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Mittwoch, 23. Juni 2010, 19.00 Uhr

CDU

Neue Geschäftsstelle, neues Glück. Die erste Vorfreude der Berliner Christdemokraten auf ihre neue Landesgeschäftsstelle hat sich schon bewährt. Bereits vor der offiziellen Einweihung, die mit einer ökumenischen Segnung begonnen wurde, war der große neue Veranstaltungssaal mehrfach von Verbänden und Vereinigungen gebucht worden. Die neuen Räume liegen unmittelbar am Wittenbergplatz und sind größer und zentraler als die bisherigen am Spittelmarkt. Der Generalsekretär der Berliner Union, Bernd Krömer, fasst es so zusammen: „Der Umzug hat nicht nur wirtschaftlich Sinn gemacht, wir hoffen auch, dass die neuen Räume zur zentralen Anlaufstelle für die Berliner Union werden.“ Nach Auslaufen des bisherigen Mietvertrages zog die Berliner Union nun nach zehn Jahren in die unmittelbare Nähe der Bundeszentrale. Verbunden mit dem Umzug war auch eine zeitgemäße Gestaltung des Internet-Auftritts der Berliner Christdemokraten. Krömer: „Neben den zu erwartenden Inhalten wollen wir auch den Service-Charakter für die Mitglieder und Interessierte stärken.“ So findet sich auf den Seiten nicht nur ein unkomplizierter Weg für die Mitglieder, neue Adressdaten mitzuteilen, sondern auch ein Politik-Lexikon der CDU Berlin. Krömer: „Im wikipedia-ähnlichen Stil wollen wir hier Informationen über die aktuelle, aber auch die bisherige Arbeit der Berliner Union zusammentragen. Dabei setzen wir ganz besonders auf das Wissen der Parteifreunde aus den Bezirken. Es soll nicht in Vergessenheit geraten, wer etwa in Sechzigern für die Union in Berlin Verantwortung trug. Gerade weil unsere Zeit so schnelllebig ist, darf es nicht sein, dass wir das viele Engagement von so vielen aus den Augen verlieren.“ Nachdem der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner Christdemokraten, Frank Henkel, bereits seit längerem über ein eigenes Facebook-Profil an seiner Arbeit teilhaben lässt, ist nun auch der Landesverband mit einem eigenen Eintrag unter „CDU Berlin“ vertreten. Bernd Krömer: „Wir freuen uns über Ihren Besuch – in den neuen Räumen oder im weltweiten Netz.“

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin:
Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden:
Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32.6904-0 • Fax: 030.32.6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**